

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Deutschland 10 M. im voraus jährlich. Für Postgebühren werden sämtliche Postanstalten berücksichtigt. Unter Preisband dringen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Litauen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 59.

Die achtspaltige Kompatibilität ober deren Raum kostet 4.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das gesetzdrückte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine weitere Abgabe an die Arbeiter

Von Artur Crispian

Auf das aus historischen und ökonomischen Notwendigkeiten entstandene und durch die letzten politischen Ereignisse gesteigerte Verlangen des Proletariats zum geschlossenen Klassenkampf gegen Reaktion und Kapitalismus antworteten die Rechtssozialisten in Görlich mit ihrem Beschluß, sich auch mit der Deutschen Volkspartei auf dem Boden des Klassenkampfes taten die Rechtssozialisten mit Schmähungen und Herabsetzungen der U. S. P. D. und mit einer zu nichts verpflichtenden Resolution ab, deren Inhalt, mit Rücksicht auf die Klassenbewußten Arbeiter im rechtssozialistischen Lager, nur das Rein weniger schroff erscheinen lassen sollte.

Würde die einzige zuverlässige Arbeiterpartei, die Unabhängige Sozialdemokratie, mit Schmähungen und Herabsetzungen bedacht, so fanden dieselben Rechtssozialisten desto wärmere Töne für die Deutsche Volkspartei. Dabei ging Hermann Müller soweit, von seinen Genossen zu fordern, daß sie „Stinnes nicht als den schwarzen Mann hinstellen“ dürfen: „In Verhandlungen über Arbeiter- und Lohnfragen soll (soll!) Stinnes noch lange nicht der Schlimmste sein“. Und Severing fragte nach: „Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen? Stinnes ist der evangelischste Mann und Thyssen der Zentrumspolit!“ Schlimm genug für das Zentrum und für die Rechtssozialisten, wenn sie mit Vertretern der Schwerindustrie gemeinsame Sache machen. Aber, dieser Parteitag, so sagte Ströbel, steht im Zeichen der Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Darum brauchte die rechtssozialistische Führung, nachdem sie durch die vorhergehenden Beschlüsse sich taktische Ellenbogenfreiheit verschafft hatte, durch die Annahme des neuen Programms auch grundsätzliche Ellenbogenfreiheit für ihre Arbeitsgemeinschaft mit kapitalistischen Parteien.

Das Programm, wie es jetzt von den Rechtssozialisten in Görlich beschlossen worden ist, ist eine weitere Abgabe an das Proletariat. Nach der taktischen nun auch die grundsätzliche Abgabe!

Das kommt im grundsätzlichen Teil des rechtssozialistischen Programms trotz aller Formulierungskünste deutlich zum Ausdruck

Bis zum Abmarsch der Rechtssozialisten ins Lager der Koalitionspolitik galt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Erfurter Programm. Der grundsätzliche Teil des Erfurter Programms, der durchaus marxistisch ist, gilt nach wie vor, gilt solange, bis die sozialistische Gesellschaft verwirklicht ist. Er bedarf der Ergänzung. Es fehlt in ihm die Würdigung der kapitalistischen Epoche des Finanzkapitals mit seinen imperialistischen Betätigungen. Diese Ergänzung vorzunehmen, ist Aufgabe und Pflicht einer revolutionären sozialistischen Partei. Die Rechtssozialisten haben aber die Grundgedanken des marxistischen Sozialismus preisgegeben und sich in ihrem Programm den politischen unentwickelten und unklaren Ideen der Scharen der kleinen und mittleren Besitzer, der geistigen Arbeiter, Beamten, Angestellten, Künstlern, Schriftstellern, Lehrern und Angehörigen aller Art der freien Berufe“ angepaßt. Diese Scharen sind ökonomisch proletarisiert worden, sozial noch durch viele Bande der Freundschaft und Verwandtschaft mit der Bourgeoisie verbunden. Politisch kommen sie, von Ausnahmen abgesehen, zunächst rein gefühlsmäßig zu sozialistischen Parteien. Es fehlt ihnen das Klassenbewußtsein und die Erkenntnis für das Unvermeidliche des Klassenkampfes. Diese neuen proletarisierten Scharen zum Klassenbewußtsein und zur sozialistischen Erkenntnis zu bringen, darauf kommt es an! Die Rechtssozialisten entwickeln sich rückwärts. Vom Klassenbewußtsein und Klassenkampf zu vorsozialistischen und kleinbürgerlich demokratischen Auffassungen.

Im Erfurter Programm heißt es unzweideutig:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Dieser Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm kein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

Diese klaren Sätze sind im eben neu beschlossenen rechtssozialistischen Parteiprogramm in folgender Weise abgeschwächt und umgebogen:

„Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Belangen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.“

Wer zählt nicht zum arbeitenden Volk! Jeder Kapitalist, jeder Großgrundbesitzer, jeder Bankier, der sich um seinen Betrieb bekümmert, gehört zum arbeitenden Volk!

Der Reichskanzler über die deutsche Politik

Die Unmöglichkeit weiterer Goldzahlungen

E. E. Rom, 24. September.

Dr. Wirth erklärte dem Berliner Vertreter des „Corriere d'Informazione“, daß man nicht leugnen könne, daß die Feindseligkeiten der Rechtsparteien gegenüber dem gegenwärtigen Kabinett eine ernste Gefahr für die Republik bedeuten. Die Schwierigkeiten, die das Reich zu überwinden hat, sind ungeheuer, es werde daher unmöglich sein, die nächsten Zahlungen mit derselben Leichtigkeit vorzunehmen, wie dies gelegentlich der ersten Milliarde der Fall war. Man muß sich daran erinnern, welchen tiefen Kurssturz die Mark infolge der Zahlung dieser ersten Milliarde durchzumachen hatte. Wenn Deutschland weiter in Gold zahlen muß, so ist kein Bankrott unvermeidlich. Am Schluß dieser Unterredung gab der Kanzler der Hoffnung Ausdruck, daß Italien Deutschlands Ansprüche auf Oberschlesien unterstützen werde.

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht ebenfalls eine Unterredung, die Philippe Millet mit dem Reichskanzler Dr. Wirth gehabt hat. Der Kanzler sagte u. a.:

Was auch immer unsere Ansicht sein werde, es scheint mir wichtig, daß man in Frankreich endlich genau die Anstrengungen ermessen kann, die von uns gemacht werden, ebenso die Schwierigkeiten, denen wir uns gegenüber befinden. Das Programm meiner Regierung ist seit der Regierungsübernahme durch mich das gleiche geblieben. Wir haben unsere Verpflichtungen besonders in der Reparationsfrage innerhalb dreier Monate bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit erfüllt, die Entwaffnung vollständig durchgeführt, was in einigen Teilen des Reiches nicht so einfach war, wie man glauben macht. Wir haben eine Milliarde Goldmark entrichtet, wir haben bedeutende Summen für die Restitutions- oder verschiedenen Liquidationen aufgebracht. Das ist das Wichtigste mit Bezug auf die Vergangenheit. Und nun zur Zukunft! Der Reichstag wird sich einer Anzahl von Gesetzesentwürfen gegenübergestellt sehen, die den Besitzenden schwere Steuerlasten auferlegen. Es ist ein Jertum, anzunehmen, daß die Regierung die Pläne für die direkten Steuern aufgeben wolle, um die Besitzenden zu schonen. Wir werden gezwungen sein, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Nicht zufrieden damit, neue Einnahmequellen zu schaffen, hielten wir es für notwendig, vom Volke ein außerordentlich reiches Rotorosper zu verlangen, damit wir das für die Reparationen erforderliche Gold verschaffen können. Seit vierzehn Tagen verhandelt die Regierung mit Vertretern der Industrie und der Bankwelt. Wir haben an ihre Vaterlandsliebe appelliert und sie aufgefordert, uns mitzuteilen, in welcher Weise sie den Reichsfinanzen Devisen ausfolgen wollen, die uns in die Lage versetzen würden, die Gläubiger Deutschlands mit Geld zu bezahlen. Die Industriellen und Bankiers haben ohne Zögern auf unseren Appell geantwortet. In der kommenden Woche werden wir uns auch an die Vertreter der Landwirtschaft

wenden. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gebracht, und die Meinungen über die aufzuwendenden Mittel gehen auseinander. Man kennt noch nicht die Ausdehnung, die die eventuell zu beschließenden Operationen haben könnten. Aber ein Punkt steht bereits fest: Die Industriellen und Bankiers erklärten sich bereit, diese Leistung ohne Zögerung durchzuführen.

Das Opfer, das wir von den Besitzenden Klassen verlangen werden, wird von politischen Folgen begleitet sein. Hierbei muß ich ein Mißverständnis beseitigen. Man hat erklärt, daß wir uns weigerten, einer neuen politischen Orientierung der Deutschen Volkspartei die Hand zu reichen. Das ist eine irtümliche Auslegung unserer wahren Absichten. Wir können von der Großindustrie nicht verlangen, daß sie eine derartige Anstrengung macht, ohne daß sie an der Regierung beteiligt wäre. Eine Beteiligung der Volkspartei an der Regierung ist wahrscheinlich und wünschenswert. Aber man muß hervorheben, daß die Volkspartei in den letzten Tagen durch so bedeutende Vertreter wie Kahl und Stresemann öffentlich ihre Zustimmung zur Verteidigung der Verfassung und der Republik gegeben hat. Die Mehrheitssozialisten haben ihrerseits auf dem Görlicher Kongreß durch Hermann Müller und Scheidemann erklärt lassen, daß sie gegen den Eintritt der Volkspartei in die Regierung nichts einzuwenden haben. Was wollen wir also? Die Koalition erweitern, die gegenwärtig die Regierung unterstützt, und dieser Regierung eine breitere und festere Grundlage geben.

Zur auswärtigen Politik äußerte der Kanzler: Ich habe in voller Freiheit gesprochen, und in meinen Worten soll kein Versuch erblickt werden, den Ententeregierungen eine Gunstbezeugung zu entziehen. Derartige Erpressungen begehe ich nicht. Ich werde heftig angegriffen. Man beschuldigt mich, von der Entente für die Anstrengungen, die Deutschland gemacht hat, keinerlei Gegenleistungen erhalten zu haben. Ich rief meinen Mitbürgern im Mai, das Ultimatum anzunehmen und die Reparationszahlungen bis zur Grenze unserer Leistungsfähigkeit durchzuführen, indem ich darlegte, daß diese Politik allein imstande sei, den wahrhaften Frieden in Europa herbeizuführen und in gewissem Maße den guten Glauben der Entente zu gewinnen. Meine Gegner antworteten mir sofort: Wir werden von der Entente nichts erlangen, und besonders von Frankreich nicht. Dies sagte man schon vor drei Monaten. Heute wiederholt man es, indem man vorgibt, daß man über meine Ansicht den Sieg davongetragen habe. Jedemal, wenn mir die Entente eine Genugtuung verweigert oder die Ausführung eines Versprechens hinauschiebt, benutzt man diesen Anlaß, sich an meiner Autorität zu vergreifen und den Bestand meiner Regierung zu bedrohen. Diese Lage ist nicht nur für mich peinlich, sondern auch für die Zukunft der internationalen Beziehungen verhängnisvoll. Wie soll Deutschland fortgesetzt Riesenleistungen hervorbringen, wenn es das Gefühl hat, immer, was es auch tun möge, verdächtigt zu werden. Ich hoffe deshalb, daß die Ententeregierungen in der Zukunft das Mittel finden werden, uns größeres Vertrauen zu erzeigen. Obwohl ich eine Rückkehr der Monarchie in Deutschland für unmöglich halte, wäre es doch klug, wenn sich die Entente beeilen wollte.

Wer wollte bestreiten, daß es nicht auch Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Bankiers gibt, die arbeiten. Auf die Tatsache, daß jemand arbeitet, kommt es nicht an. Es kommt darauf an, ob die einen ihre Arbeitskraft verkaufen und ausbeuten lassen müssen, und ob die anderen sich aus dem Verbrauch fremder Arbeitskräfte Mehrwert, nicht bezahlte Arbeit, aneignen. Hiernach bilden sich die beiden großen, der heutigen Gesellschaft ihr Gepräge ausübenden Klassen der Kapitalisten und der Lohnarbeiter. Eine revolutionäre sozialistische Partei kann nicht die Partei des arbeitenden Volkes sein, sie kann nur die Partei der Arbeiter sein. Löbe, als Sprecher der rechtssozialistischen Programmkommission, hat es rund heraus gegeben, daß die Rechtssozialisten ihren „Appell im Programm“ nicht allein an die Lohnarbeiter richten, daß sie sich an „das arbeitende Volk im weitesten Sinne des Wortes“ wenden.

Nun, die Rechtssozialisten wollen eben auch grundsätzlich festlegen, daß sie keine revolutionäre, daß sie lediglich eine nurreformistische Partei sind. Die Arbeiter werden das zur Kenntnis zu nehmen haben. Der Begriff der „Schaffenden“, die auf den „Ertrag eigener Arbeit“ angewiesen sind, entspricht durchaus der des „arbeitenden Volkes“.

Es ist natürlich auch kein Zufall, daß die Rechtssozialisten das „arbeitende Volk“ zu einer Kampfgemeinschaft für „Demokratie und Sozialismus“ zusammenfassen wollen. Demokratie vor Sozialismus, heißt bürgerliche Demokratie, heißt formale oder Scheindemokratie, hinter der sich die Herrschaft des Kapitalismus verbirgt. Erst in der klassenfreien Gesellschaft, in der sozialistischen Gesellschaft, wird die formale Demokratie zur wirklichen Demokratie werden. Die Rechtssozialisten geben sich der Täuschung hin, daß der Sozialismus mit den demokratischen Mitteln, wie sie die kapitalistische Klassengesellschaft ermöglicht, erlangen werden kann. Der November 1918, der März 1920

und der August 1921 haben die Rechtssozialisten nicht zu befehlen vermocht. Die Arbeiter müssen aber aus der Novemberrevolution, aus dem Kampfbüß und aus jenen Schüssen, durch die die Monarchisten zwar Erzberger niederknieteten, die aber gegen die Republik abgefeuert wurden, die Lehre ziehen, daß entscheidende Schlachten nur durch Aktionen der Massen geschlagen werden können, daß demokratische Mittel gewiß auch gebraucht werden müssen, daß sie aber in entscheidenden Augenblicken unzulänglich sind und durch das Massenaufgebot der Straße ersetzt werden müssen. Freilich dürfen die Massen nicht nur gerufen werden, um sie dann wieder heimzuschicken und mit kapitalistischen Parteien zu partizipieren.

Die vollkommene Einstellung auf den Kampf lediglich mit demokratischen Mitteln wird immer wieder hervorgehoben. So dort, wo gesagt wird, daß die Rechtssozialisten „die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform“ betrachten, daß sie diese Republik nicht nur „vor den Anschlägen ihrer Feinde“ zu schützen bereit sind, daß sie darüber hinaus kämpfen, „um die Herrschaft des freien Volksstaats organisierten Volkswillens“ herbeizuführen, „um die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinfinns.“

Der Teufel mag verstehen, was das sein soll, dieser „im freien Volksstaat organisierte Volkswillen“, der zur Herrschaft gelangen soll und dieser „Geist des sozialen Gemeinfinns“, in dem die Gesellschaft erneuert werden soll! Es kennzeichnet die rechtssozialistische Geistesverfassung, daß sie allen klaren, wissenschaftlich-sozialistischen Formulierungen ängstlich ausweicht, um sie durch Phrasen aus der bürgerlich-demokratischen Terminologie zu ersetzen.

Stämpfer, ein Hauptbeteiligter bei der Schaffung des neuen rechtssozialistischen Programms, bezeichnete es als eine bedeutsame Erscheinung, daß dieses Programm die Ue n d e n

ung der Stellung der Sozialdemokratie im Staat auszusprechen. Da die Sozialdemokratie die Republik bejahet, bejahet sie auch den Staat. Das ist nach Stämpfer eine große, bedeutende Veränderung in der Haltung der rechtssozialistischen Partei. Sehr richtig! Denn der Sozialismus kann nicht verwirklicht werden, ohne daß die Staaten in die sozialistische Gesellschaft aufgehen. Wer den Staat bejahet, bejaht die kapitalistische Gesellschaft, weil der Staat nichts anderes ist, als die Herrschaftsorganisation der Kapitalisten. Wer den Staat bejahet, verzichtet auf die proletarische Revolution. Der proletarische Staat, nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, ist nichts als eine Uebergangserscheinung, in der Zwischenzeit vom kapitalistischen Staat zur sozialistischen Gesellschaft.

Wie der Rechtssozialist Cunow es empfahl, um der rechtssozialistischen Opposition den Mund zu stopfen, so ist es geschehen. Im rechtssozialistischen Programm kommt tatsächlich das Wort Klassenkampf vor. Es wird gesagt, daß die kapitalistische Wirtschaft, den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur ständigen Forderung gemacht habe. Das Wort vom Klassenkampf ist ohne jede Bedeutung in einem Programm, wo der Begriff des Klassenkampfes nicht zu finden ist.

Den Imperialismus wollen die Rechtssozialisten in folgender Weise überwinden:

„Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenstoß des Proletariats, durch Schaffung einer weltweiten Rechtsordnung, eines Weltbundes gleichberechtigter Völker die Menschheit vor neuer kriegerischer Verwüstung zu schützen.“

Hier dem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der Klassen zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Ueber den (selber?) „notwendigen Kampf“ und über die „schaffende Klasse“ ist bereits das nötige gesagt. Mit der „zwischenstaatlichen Rechtsordnung eines Weltbundes gleichberechtigter Völker“, um die Menschheit vor „neuer kriegerischer Verwüstung zu schützen“, kann doch nur der Völkerbund gemeint sein. Wozu also solche Worte? In der kapitalistischen Welt wird der Völkerbund, schon der Name ist irreführend, nichts anderes sein, als ein Bund kapitalistischer Regierungen, als eine internationale kapitalistische Herrschaftsorganisation. Und diese Herrschaftsorganisation ist nichts anderes als ein Mittel, dessen sich die herrschende Kapitalistenklasse zur Durchführung ihrer imperialistischen Bestrebungen bedient. Der Krieg kann nicht ohne den Kapitalismus, er kann nicht vor dem Kapitalismus, er kann nur mit dem Kapitalismus überwunden werden. Die Rechtssozialisten bekennen sich zu den trägerischen Hoffnungen eines bürgerlichen Pazifismus, der nicht dem sozialistischen Streben nach Völkerfrieden und Völkerbrüderung gleichgestellt werden kann.

Ströbel hatte in Götting recht, wenn er sagte: „Der ganze wirtschaftliche Teil des Programms ist von einer geradezu erschreckenden Ideen- und Ratlosigkeit.“ Er magte mit seinen treffenden kritischen Bemerkungen aber keinen Eindruck auf den rechtssozialistischen Parteitag, der mit allen gegenwärtigen Stimmen und unter für mich höchst beifälliger (1) das Programm annahm. Wenn Ströbel entgegengedehnt wurde, daß er wie ein Unabhängiger Sozialdemokrat gesprochen habe, so nehmen wir gern davon Kenntnis, daß auch die Rechtssozialisten zugeben müssen, daß die marxistischen Ideen heute nur noch von der Unabhängigen Sozialdemokratie vertreten werden. Ströbel stellte fest, daß die „Wohnungsfrage, die uns allen auf den Nerven brennt“, einfach spurlos verschwinden sei und daß „das Kardinalproblem, die Sozialisierung“, in „einer Weise abgehan“ sei, die „kopfschüttelnd“ erregen oder Empörung auslösen muß.

Es wirkt wie Hohn, wenn die Rechtssozialisten zum Schluß versichern, daß ihre Partei „in diesem Sinne“, im Sinne der vorausgegangenen nurreformistischen, bürgerlich-demo-

kratischen grundsätzlichen Erklärungen, ihr im Erfurter Programm niedergelegtes Bekenntnis erneuern:

„Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung.“

Dann hört es schon wieder auf. Die Rechtssozialisten können das Wort nicht lassen stehen, sie müssen auch hier noch die weiteren Sätze des Erfurter Programms durch diese nichtsagenden Worte ersetzen:

„Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.“

Der Verlauf des Göttinger Parteitags wird auffärend auf die Arbeiter wirken, die immer noch nicht begriffen hatten, daß die rechtssozialistische Politik des reinen Opportunismus ins bürgerliche Lager führt und letzten Endes zur politischen Abdankung der Teile der Arbeiterklasse führen muß, die in der rechtssozialistischen Partei immer noch ihre Vertreterin zu erblicken meinen.

Täuschungsmanöver

Es ist geradezu widerlich, zu sehen, wie die Organe, die einem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung günstig gesinnt sind, die wirkliche Stellung dieser Partei zu den entscheidenden Fragen der inneren und äußeren Politik, der Erfüllung des Ultimatums und der Erfassung der Goldwerte vor allem, fast ins Gegenteil umkehren. Man kann Herrn Stresemann viel vorwerfen. Daß er aber nicht mit aller Deutlichkeit die Beseitigung Wirths, die Nichterfüllbarkeit des Ultimatums, die Schonung des Besitzes und die Ablehnung jeder energischen republikanischen Politik proklamiert hätte, das kann man nun wirklich nicht behaupten. Das hält das Organ der neuen Koalition, vor allem die demokratische Presse nicht davon ab, über all das als nebensächlich, als persönliche Entgleisung Stresemanns hinwegzuleiten, obwohl Stresemann sich ausdrücklich auf die Zustimmung der Gesamtpartei, insbesondere der Reichstagsfraktion berufen konnte. Dieses Spiel wird fortgesetzt, obwohl das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei Stresemanns Ansichten nochmals als die der Partei proklamiert und die Angriffe auf Rathenau und Wirth erneuert. Ausdrücklich erklärt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß Stresemanns Beurteilung Wirths nicht nur die eigene Ansicht der Deutschen Volkspartei, sondern auch die bekanntesten Persönlichkeiten der Zentrumsfraktion darstelle. Nach den üblichen Redensarten, die Deutsche Volkspartei führe nicht den Kampf um Personen und Sitze, sagt die Korrespondenz in einer Polemik gegen den von uns bereits zitierten Artikel der „Germania“:

„Wir glauben übrigens nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß der Ausspruch mit keiner unverächtlichen Ausdrucksweise den ausgesprochenen Zweck verfehlt, den Gedanken einer breiteren Koalition im Reiche zu zerbrechen und der vollkommen nach links gerichteten Politik Dr. Wirths dadurch wieder zum Siege zu verhelfen. Wir werden unsere Bemerkungen abwarten, ob diese im Beginn eines Erfolgs bescheiden.“

Daraus geht nun mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Deutsche Volkspartei die Absicht verfolgt, die „nach links gerichtete Politik Dr. Wirths“ zu bekämpfen und durch eine rechtsgerichtete zu ersetzen. Deshalb und nur deshalb will sie in die Regierung.

Sie kann ja auch garnicht anders, denn das ist ja die Erfüllungsgrundlage der ganzen Partei. Glaubt man denn, daß die Schwerindustrie, die deutschnationalen Professoren und die rein nationalpolitisch gerichteten Mittelschichten dieser Partei irgend eine andere Politik den Führern ermöglichen würde, selbst wenn diese es wollten? In Wirklichkeit aber denken die Führer nicht einmal an entferntesten daran, ihre Politik zu ändern. Das erwarten sie nach dem Göttinger Beschluß nur von den Rechtssozialisten. Sie selbst wollen ihre Politik durchsetzen. Daß sie das heute proklamieren können, ist die Folge des völlig verfehlten Göttinger Beschlusses.

Die Verhandlungen mit Bayern

Sitzung des Ueberwachungsausschusses abgefragt

Mit Rücksicht darauf, daß die zwischen der Reichsregierung und dem in Berlin eingetroffenen Grafen Verchenfeld stattfindenden Verhandlungen im Laufe des heutigen Tages wohl kaum zu einem endgültigen Abschluß kommen werden, ist die für heute anberaumte Sitzung des Ueberwachungsausschusses abgefragt worden.

Ein Vertrauensvotum für die badische Regierung

L. U. Karlsruhe, 24. September.

Im badischen Landtag ist mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein Antrag angenommen worden, in welchem der Regierung das volle Vertrauen für ihre Maßnahmen, die zur Aufdeckung der Geheimorganisation geführt haben, ausgesprochen wird.

Wenn die bayrische Regierung die Aufdeckung der Geheimorganisationen hätte vornehmen sollen, so wären diese Dinge wohl nie ans Tageslicht gekommen. Unser Münchener Volksblatt „Kampf“ hat seit Monaten auf das Bestehen dieser Geheimorganisationen hingewiesen und ist dieserhalb verboten worden, statt daß die Regierung Kahr pfllichtgemäß den angegebenen Quellen nachgegangen wäre.

Waffenlager der Reaktion Die Schutzpolizei schiebt mit

Wie der „Vorwärts“ berichtet, wurde im Kreise Soest bei einem Landwirt ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Gefunden wurden: 25 Karabiner, ein Vorratsfaß, ein Gurkfässer für Maschinengewehre, 2 Behälter mit 5 Maschinengewehrläufen, 6 Behälter mit je 2 Maschinengewehrläufen, 4 mit je einem Maschinengewehrlauf. Bei einem anderen Landwirt wurde eine Kiste Handgranaten und verschiedene Kisten mit Maschinengewehrfachteilen gefunden.

Die Waffen sind vor einigen Wochen durch den Unterwachtmeister Gabriel von der Schutzpolizei in Soest auf Befehl des Polizeileutnants Lendering beschlagnahmt worden. Es handelte sich um eine beträchtliche Anzahl schwerer Waffen, die Maschinengewehrläufe, Munition und Handgranaten enthielten. Die beschlagnahmten Waffen sind bisher nur zum Teil ausgehoben worden. Polizeileutnant Lendering ist Leiter des Schutz- und Trugbundes und des deutschnationalen Jungdeutschlandbundes. Auch frühere Offiziere der Reichswehr sind in die Angelegenheit verwickelt. Ein Landrat soll ebenfalls mitbeteiligt sein.

Das innige Zusammenwirken zwischen Schutzpolizei und Ortschaft bei der Waffenschlebung bemerkt, daß die Schutzpolizei in manchen Orten keinen Schuß Pulver wert ist. Eine Säuberung der Polizei von allen reaktionären Elementen muß sofort vorgenommen werden. Rücksicht bedeutet Begünstigung der Mörderzentralen.

Interalliierte Kommission und Arbeiterschaft

Duppeln, 23. September.

Die Interalliierte Kommission teilt mit, daß die Interalliierte Regierungskommission, die stets den Arbeiterfragen wohlwollendes Interesse entgegengebracht hat, eine Anzahl Forderungen, die die Arbeiterschaft erhoben hat, vorgelegt worden. Die Interalliierte Regierungskommission hat beschlossen, die zuständigen Vertreter der Arbeiterschaft am 27. September in Duppeln zu empfangen. Dagegen verlangt die Interalliierte Regierungskommission, daß die Verfügungen über die öffentliche Ordnung stets befolgt werden. Sie ist entschlossen, keine Versammlungen oder Kundgebungen auf offener Straße zu dulden, die weiter nichts als Unruhe zur Folge haben würden.

Hohenzollern, bezahlt von Frankreich

Die große Revolution war erst drei Jahre alt, als Goethe in Mainz eintraf, um mit einer Armee zu ziehen, die republikanischen Gesinnungen und ihrer Wirkung ein Ende machen sollte. Um sich mit Karten zu versehen, suchte Goethe den älteren Stein auf, den Bruder des späteren preussischen Ministers, der sich im Haag gegen alles Revolutionäre auszeichnete. So war auch die allgemeine Stimmung in Mainz. Was hätte sonst preussisch-österreichische Truppen und Emigranten vereinigen können, wenn nicht der Haß gegen die Revolution und die Liebe zum vorrevolutionären Frankreich? Wie das Bild auf den Straßen, so das Gespräch in den Häusern. Bei der Steinischen Mittagstafel, an der außer Goethe mehrere Emigranten teilnahmen, unterhielt man sich über den Krieg, seinen Fortgang und hoffte auf die Verdrückung eines Teils der französischen Truppen mit den eigenen. Grund? Haß gegen die Revolution!

Die Lösung hatte das Manifest des Herzogs von Braunschweig ausgegeben: „Die Stadt Paris und alle ihre Bewohner sind verpflichtet, sich sofort ihrem König zu unterwerfen.“ Also Gegenrevolution! Befolgt die Pariser den Befehl nicht, so drohte er, „eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache zu nehmen und die Stadt Paris einem gänzlichem Ruin preiszugeben“. Preußen war die erste Macht, die die Revolution bekämpfte. Friedrich Wilhelm II. hatte es eiliger als Antoinettes Bruder, der österreichische Kaiser Leopold.

Einst standen die deutschen Fürsten anders zu Frankreich, besonders die Hohenzollern. Doch jetzt? Was hatten sie von Jakobinern zu erwarten, sie, die vom Golde französischer Könige gelebt hatten. Ein gewisser Robinus hat sich die Ehre gemacht, die Verträge „deutscher“ Fürsten mit den französischen Königen zu zählen. Er fand deren bis zum Jahre 1680 bereits 47.

Die Wahl eines deutschen Kaisers war für die Kurfürsten die Zeit des Goldregens, die Zeit der Flut, die auf die Ebbe in der Staatskasse folgte. Glücklich der Fürst, der sie erlebte, noch glücklicher, wer sie oft erlebte. Die Stimmen der Fürsten, die den Kaiser wählen sollten, wurden gekauft. Verträge berichtigten noch heute von den Summen. So erhielt der Brandenburger von Frankreich für seine Stimme ums Jahr 1519: eine ansehnliche Summe für ihn selbst, eine französische Prinzessin und eine päpstliche Ägide für den Kurfürsten. Als der Spanier aber mehr bot, verkaufte Joachim nochmals seine Stimme und verpuppelte nochmals seinen Sohn, um dann zum drittenmal Stimme und Sohn dem Franzosen zu verschweiden.

Weit frangosenfreundlicher war ein anderer Hohenzoller des 16. Jahrhunderts: Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach. Er rief seinem Kampfgenossen Moriz von Sachsen im Kampf gegen den Kaiser, die Hilfe und das Geld Frankreichs in Anspruch zu nehmen, denn „eng verknüpft sei die Aufrechterhaltung der deutschen Freiheit mit den Interessen und der Sicherheit Frankreichs“. Ein Vertrag kam zustande, im Jahre 1552, den der König von Frankreich „als ihr besonders wertiger Herr und Freund“ unterzeichnete, dessen „Botschaften den Deutschen viel Liebes und Gutes getan haben“. Reg. Louis und Verdun waren der Kaufpreis für die Hilfe im Kampf, den der französische König „als Retter der deutschen Freiheit“ führen sollte, „um aus göttlicher Eingebung die Freiheit der Deutschen zu schützen, nicht seines eigenen Vorteils wegen, sondern lediglich um der Dankbarkeit der Deutschen und des eigenen Nachruhms willen“. Der „teure Better Albrecht“ wird wegen seiner Vertragstreue von Heinrich II. gelobt: „So solltet Ihr Albrecht in guter Treue sagen,“ trug er dem Bischof von Bagnone auf, „daß wir seine Standhaftigkeit, seine herrlichen tapferen Taten vor allem hochhalten und preisen, ihm dagegen auch unsere ewige Freundschaft und geneigten Willen versprechen, uns erbotend, solches jederzeit mit Gnade und Freundschaft zu erkennen.“ Es waren allerdings „herrliche“ Taten. Hunderte von Dörfern und Städten brannte Albrecht nieder, Millionen von Gulden erprelte er, so daß ein Zeitgenosse von ihm sagen kann: „Er habe gewüet, wie es von Türken, geschweige von Christen, zumal von Deutschen wider ihre eigene Nation niemals erhört worden ist.“ Auch nach dem Abfall seiner Kampfgenossen blieb Albrecht der französischen Fahne treu. Deutsche Dörfer und Städte ließ er dem Franzosenkönig huldigen, um ihm zu zeigen, daß die „deutsche Treue und Anhänglichkeit noch nicht ausgestorben sei“. Als seines Lebens in Deutschland nicht mehr sein konnte, suchte er Schutz in Frankreich.

Die Reformation im Dienste der Fürsten begann eine Zeit der Loslösung vom Reiche einzuleiten. Der 30jährige Religionskrieg vollendete diese Entwicklung. Die Schweiz und die Niederlande lösten sich los. Das Elßaß kam zu Frankreich. Richelieus Werk gedachte Ludwig XIV. zu vollenden und das französische Gebiet mitten im Frieden durch „Reuntonen“ zu erweitern, wenn seine Armeen einer Wempause bedürften. Wiederrum war es der „Hohenzoller“, der für französischen Sold die französische Politik unterstülzte. Und Ludwig XIV. sparte nicht sein Geld, wenn seine Truppen ostwärts marschieren sollten. Gold ebnete ihm den Weg nach Potsdam, Gold hielt ihn frei. Vom Kammerdiener bis zur

Kurfürstin. So erhielt Kornmesser, der erste Kammerdiener des Kurfürsten: 2000 Livres. Fräulein Wangenheim, Ehrendame und Vertraute der Kurfürstin: 4000 Livres. Generalfeldmarschall und Minister Grumbow: 6000 Livres. Die Geheimen Räte Weinders und Fuhs: 47 000 bzw. 32 500 Livres. Des Kurfürsten Sohn aus der Ehe mit Dorothea, Markgraf Philipp: ein Pferd. Der Thronfolger und seine Geschwister: „verschiedene Geschenke“. Die vier Jahre in Berlin, 1680 bis 1684, kosteten Nebenac, dem französischen Gesandten, insgesamt 160 000 Livres für Geschenke. Die Kurfürstin bekam im März 1680 zwei Ohrgehänge und ein Schmuckstück in Form einer Rose, mit Diamanten besetzt. Wert: 60 000 Taler. Dorothea dankt überschwänglich und verspricht, die „vollkommene Freundschaft“ zwischen dem König und ihrem Gemahl für immer zu pflegen. Das waren die Geschenke, die neben den vertragsgemäßen französischen Geldspenden hergingen; diese selbst betragen mehrere 100 000 Livres.

Ludwig wußte, wofür er sein Gold hingab. Und Straßburg wußte, was ihm bevorstand. Straßburg blieb aber französischer Schatz gegenüber taub. Sollte nun Ludwigs Wunsch unerfüllt bleiben, sollte er nicht in Straßburg einziehen? So kaufte denn Ludwig Straßburg in — Potsdam. Am 30. September Einzug der französischen Truppen. Die freie Reichsstadt hat aufgehört zu sein. Am 9. Oktober trifft die Nachricht in Berlin ein. Der französische Gesandte wagt den Kurfürsten nicht sofort zu sprechen. Am 12. oder am 13. Oktober empfängt ihn aber Friedrich Wilhelm „etwas ernster als gewöhnlich“. Friedrich Wilhelm spricht anfangs vom Bruch des Westfälischen Friedens, stimmt dann den Gründen zu, die Nebenac vorbringt, um schließlich „mit so guter und heiterer Laune wie noch nie“ und unter Vereuerungen seiner unausländischen Freundschaft ihn zu entlassen. Auch öffentlich ehrt er Frankreichs Gesandten durch einen Begeh mit Diamanten. Als man in den Zeitungen dem französischen Gesandten droht, ihn wegen Straßburg mit Steinen zu bewerfen, konnte er triumphierend ausrufen, daß „betreits der Kurfürst ihn mit Steinen beworfen habe. Es seien allerdings sehr wertvolle — Edelsteine. Drei Tage nach der Nachricht vom „Kaude“ Straßburgs habe er sie erhalten“. Ludwig zeigte sich nicht unbedarft für die unveränderten freundschaftlichen Gefühle. Nebenac bietet 1683 in Ludwigs Auftrag der Kurfürstin eine Garnitur Tisch-, Spielische und Spiegel an. 1684 herrliche Toiletensachen in Silber und Gobelins im Werte von mehr als 100 000 Livres. Diese Sendung erlitt bei Hamburg Schiffbruch und wurde aus der Elbe wieder aufgefischt. Die Bewunderung war aber nicht geringer. Madame Nebenac mußte die Kurfürstin im Gebrauch der „unendlich vielen Dinge für die Toilette“ unterweisen; man kann sie bis dahin noch nicht in Berlin. Der Kurfürst wurde

Schuk der Reaktion in Preußen

Erlaß des preussischen Innenministers

Die preussische Regierung macht mobil gegen links. Durch einen Erlaß „zur wirksamen Bekämpfung von Landfriedensbrüchen in der Umgegend von Berlin“ befundet sie von neuem ihr heißes Bemühen, Hiltstruppe der Reaktion in ihrem Kampfe gegen die Reichsregierung zu sein. Der Erlaß bezieht sich auf die Vorgänge in Wilmersdorf bei Bernau am 18. September, wobei es zu einem Spektakel zwischen angeblichen Kommunisten und deutschnationalen Parteigängern kam. Diese hatten eine patriotische Gedächtnisfeier inszeniert und jene suchten sie zu stören. Auch wir haben seinerzeit darüber berichtet. Herr Dominicus, preussischer Minister des Innern, nimmt nun plötzlich diesen Vorgang zum Anlaß, um die Behörden gegen links scharf zu machen. Nach allerlei juristischen Rechtfertigungen für den Erlaß heißt es darin:

Ich ersuche Sie demgemäß, Ihrerseits jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, um die Wiederholung von Ausschreitungen oben erwähnter Art im Keime zu verhindern. Da die Ausschreitungen eine gewisse Vorbereitung und Planmäßigkeit erkennen lassen, wird es auch Aufgabe der Polizei sein, Vorkehrungen zu treffen, damit sie von der Absicht weiterer derartiger Störungen und Exzesse rechtzeitig Kenntnis erlangt, um daraufhin die nach Lage des Falles notwendigen Sicherheitsmaßnahmen treffen zu können.

Auch die politische Tagespresse wird auf Andeutungen zu kontrollieren sein, die erkennen lassen, wohin sich an den bevorstehenden Sonntagen voranschaulich Angehörige der Parteilichungen, denen jene Ausschreitungen vor allem zur Last gelegt werden müssen, in größerer Zahl begehen werden, und der Verkehr auf den Bahnhöfen wird in geeigneter Weise zu beobachten sein.

Da die Polizei in den Vororten und in den angrenzenden kleinen Gemeinden meist nicht in der Lage sein wird, führt der Erlaß fort, mit eigenen Kräften, „die selbstverständlich in erster Linie mit voller Energie eingesetzt werden müssen“, auszukommen, soll Schutzpolizei herangezogen werden. Die Behörden werden angewiesen, „bis auf weiteres Fürsorge dafür zu treffen, daß die Schutzpolizei in Berlin vor allem an den Sonntagen bereit und in der Lage ist, an bedrohte Punkte, auch außerhalb des Landespolizeibezirks, hinreichende Mannschaften auf aller schnellstem Wege heranzubringen.“

Um den Zweck des Erlasses voll zu erreichen, werden sogar die Spiegel zu erhöhtem Eifer angeporrt. Der Hinweis auf „eine gewisse Vorbereitung und Planmäßigkeit“ der angeblichen Ausschreitungen, der Auftrag an die Behörden, sich „rechtzeitig Kenntnis“ von der „Absicht weiterer Störungen“ zu verschaffen, ist nichts anderes als die Verpflichtung zu einem ausgedehnten Spitzelbetrieb. Ferner ist die politische Tagespresse zu kontrollieren, damit der Herr Minister die Möglichkeit zum Einschreiten, also zu Verböten der Linkspresse, bekommt, und schließlich wird sogar die Bespitzelung des Verkehrs auf den Bahnhöfen gefordert. Das ist eine Mobilisierung der Polizei und Justiz gegen links in großem Stille.

Die Reaktion atmet auf, und die gesamte Rechtsprelle begrüßt freudig den Erlaß und zieht den Hut vor ihm. Dominicus. Die „Deutsche Tageszeitung“ verheißt nicht, darauf hinzuweisen, daß an dem „Ueberfall“ in Wilmersdorf „Sozialdemokraten aller Richtungen“ teilgenommen haben. Das ist ein deutlicher Fingerzeig für die Behörden, wo sie den Feind zu suchen haben. Wir sind überzeugt, daß das Agrarierblatt und Herr Dominicus auch darin übereinstimmen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist dieser Erlaß völlig überflüssig. Dieser Vorwand kann nicht zu ihrer Rechtfertigung dienen. Die Behörden lassen es ohnehin an der Anwendung „aller gesetzlichen Mittel“ gegen links nicht fehlen, so daß eine Aufmunterung dazu gar nicht

w nötig war. Es soll auch schon vorgekommen sein, daß von den preussischen Behörden selbst oder unter ihrer Duldung höchst ungesetzliche Mittel gegen die Arbeiterbewegung in Anwendung gebracht worden sind. Die Reaktion konnte also mit ihren Bedienten vollauf zufrieden sein.

Aber etwas anderes mußte erreicht werden. Unter dem Eindruck des Kampfes der Reichsregierung gegen die monarchistische Reaktion könnte vielleicht eine Erschlaffung der preussischen Polizei- und Justizbehörden in ihrem Kampfe gegen links eintreten. Es war ja immerhin möglich, daß die Haltung der Reichsregierung abfärben würde. Dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist Stagerwalds heißestes Bemühen. Wiederholt hat er sich offen auf die Seite Bayerns und der Reaktion gestellt. Jetzt spinnt Dominicus in seinem Erlaß diesen Faden weiter. Der Erlaß soll zeigen, daß sich in Preußen auch weiterhin die Reaktion des Schutzes der Regierung und der Behörden zu erfreuen hat. Das ist erreicht, und damit ist zugleich ein weiterer Beitrag zur Charakterisierung der gegenwärtigen preussischen Regierung geliefert worden.

Hilfe für Oppau

Gründung eines Reichshilfsausschusses

Im Reichsarbeitsministerium fand heute unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers die Konstituierung eines Hilfsausschusses für die Betroffenen bei der Katastrophe Oppau-Ludwigshafen statt. Der Minister, der letzten von einer Reise nach der Unglücksstelle zurückgekehrt war, machte Mitteilungen über den fürchterlichen Anblick der Schäden. Die Arbeiter, die die Katastrophe überlebt haben, sind erstenslicherweise im Augenblick nicht brotlos, da sie genügend mit den Aufräumungsarbeiten und später mit dem Wiederaufbau des Werkes beschäftigt sein werden. Oppau steht aus wie eine einzige Ruine, und auch die Schäden in Ludwigshafen, Frankenthal und Mannheim sind ungeheuer groß. Der Minister erkannte die Ehrenpflicht des Reiches zur Wiederherstellung und erklärte, daß zu den Maßnahmen des Reiches eine private Hilfe notwendig sei.

Die erste Hilfe ist durch die Badische Anilin- und Sodafabrik geleistet, deren Schaden sich auf viele hundert Millionen beläuft und noch gar nicht abzuwehren ist. Selbstverständlich muß das Werk seine Schäden selbst auf sich nehmen. Zur Unterstützung der betroffenen Einwohner hat das Reich der bayerischen Regierung zehn Millionen überwiesen, die vom Reichstag ohne Zweifel in seiner ersten Sitzung bewilligt werden. Ferner sind von privater Seite bisher 24 Millionen gezeichnet worden. Ein Vertreter der badischen Regierung teilt noch mit, daß allein in Oppau 600 Wohnungen zerstört sind.

Ein Vertreter des Afa-Bundes forderte, daß die Unterstützung der Opfer nicht als Almosen oder Spende erfolge, sondern als ein Rechtsanspruch, der durch ein Koigesez sofort zu sichern sei. Die Heranziehung der Stickstoffindustrie, die ja bekanntlich ungeheure Gewinne gebucht habe, würde die notwendigen Mittel dazu geben. Der Minister äußerte, gegen eine solche gesetzliche Maßnahme Bedenken, da sie auf eine Bevorzugung der gerade in Oppau Verunglückten hinauslaufen würde. Der bayerische Handelsminister Ham schloß sich diesen Bedenken an. Es wurde dann das Hilfskomitee unter dem Namen „Reichshilfsausschuss für Oppau“ konstituiert, zu dem sämtliche beteiligten Verbände, insbesondere auch die Vertreter der Arbeiter gehören. Die Liebesgaben für die Unglücksstelle sollen frachtfrei transportiert werden, und man hofft auch Tarifierleichterungen des Wiederaufbaumaterials durchzudrücken. Ein Aufruf des Hilfskomitees geht heute hinaus und fordert zu Spenden für die Verunglückten auf. Die Zahl der Toten wird darin auf 350, die der Schwerverletzten auf 800 angegeben.

Für die Hinterbliebenen der Opfer von Oppau bewilligte die Stadtverordneten in Wiesbaden den Betrag von 50 000 M. Ein Kurgast aus Kopenhagen, namens Beitz, übergab dem Bürgermeister ebenfalls 50 000 Mark zu dem gleichen Zweck.

Der Finanzausschuss der Stadt Barmen bewilligte für Oppau 50 000 Mark. Im Bergischen Land wurde eine Unterstützungsgesellschaft eingeleitet.

Das deutsche Zentralkomitee in New York stellte 1/2 Million Mark in bar für Oppau, außerdem Liebesgaben im Werte von 1 Million Mark zur Verfügung.

Für die Opfer der Explosion in Oppau sind bis jetzt bei der Sammlung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ bereits über 80 000 M. eingelaufen.

In der gestrigen Sitzung des Wiener Gemeinderats gedachte Bürgermeister Reumann der Explosionskatastrophe von Oppau und drückte die Anteilnahme und Sympathie für die Bevölkerung aus. Er schlug vor, der Gemeinde Oppau zur Verringerung des Elends den Betrag von 300 000 Kronen zu widmen. Diese Mitteilung wurde mit einstimmiger Zustimmung aufgenommen.

Die wirtschaftlichen Sanktionen

Vorläufiges Übereinkommen

London, 24. September.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, London, Paris und Rom schienen endlich ein vorläufiges Übereinkommen in der Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein erzielt zu haben. Dieses Übereinkommen werde die Gestalt einer Mitteilung an die deutsche Regierung tragen, daß sie die von den Alliierten eingeleitete Sonderkommission zur Überwachung der deutschen Ein- und Ausfuhr annehmen müsse. Alle etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten bezüglich der genauen Aufgabe dieser Kommission sollen demnach zwischen den Alliierten selbst geregelt werden. Die Ansicht der italienischen Regierung in dieser Frage sei der in amtlichen Londoner Kreisen vorherrschenden sehr verwandt. Rom lege den vor kurzem gefassten Beschluß, eine besondere Überwachungskommission einzusetzen, in genau demselben Sinne aus wie London, nämlich als Maßnahme zur Durchführung der Artikel 264-267 des Versailler Vertrages. Die italienischen Staatsmänner seien ebenso wie die britischen für eine baldige Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen und gegen die militärischen wirtschaftlichen Sanktionen zwischen einzelnen Teilen Deutschlands. Die italienische Regierung habe vorgeschlagen, daß die Kommission nicht der Rheinlandkommission unterstellt werden soll und daß das Personal der Kommission, was die Zahl betrifft, gering sein soll, damit die Kosten dieser Kommission auf ein Mindestmaß beschränkt würden. Diese Ansicht der italienischen Regierung entspreche der bereits auf der letzten Pariser Konferenz an den großen Ausgaben für die verschiedenen internationalen Kommissionen in Deutschland geübten Praxis.

Auflösung des Arbeiterdreibundes

London, 24. September.

„Daily Herald“ berichtet, es drohe wegen Lohnschwierigkeiten eine Aussperrung in der Maschinen-Schiffbau-Industrie am 12. 10., von der über zwei Millionen Arbeiter betroffen würden. „Daily News“ melden, daß der Arbeiterdreibund wegen der Erfahrungen im Kohlenstreik und angesichts der Schaffung eines Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes endgültig und formell aufgelöst sei.

Das Entente-Ultimatum an Ungarn

Die Botschafterkonferenz übermittelte dem Vorsitzenden der ungarischen Abdordnung auf der Friedenskonferenz, Grafen Brankovics, eine Note, in der Ungarn aufgefordert wird, das Burgenland in kurzer Frist zu räumen. Wenn sich Ungarn weigern sollte, wären die alliierten Mächte gezwungen, Zwangsmassregeln zu ergreifen.

Ein Telegramm der „Daily News“ aus Rom besagt: Die in dem Ultimatum der Alliierten an Ungarn gestellte Frist für die Räumung des Burgenlandes beträgt 14 Tage. Die eventuell notwendigen Strafmaßnahmen beginnen mit der Unterbrechung der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverbindung. Bevor militärische Maßnahmen ergriffen werden, wird eine vollständige wirtschaftliche Blockade ins Auge gefaßt. Wenn jedoch Ungarn nachgibt, so ermaßen die Alliierten, ob es rätlich sei, die finanziellen Ansprüche Ungarns gegen Oesterreich zu prüfen.

Schluß des Görlitzer Parteitages

(Drahmelung unseres Korrespondenten.)

Görlitz, 24. September.

In der heutigen Schlußsitzung des Parteitages begrüßte der Parteivorsitzende W. B. aus dem Namen der Sozialisten Arbeiterpartei und Georgiens den Parteitags und protestierte gegen die Unterdrückung der tartarischen Republik Ueberbischan durch die Sowjetregierung. Die Rede wurde von Bernstein überleht und mit großem Beifall aufgenommen.

Nach der Erledigung der noch ausstehenden Anträge hielt Wels die Schlußanrede. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Beschluß der Regierungsbildung. Wie richtig er gewesen sei, zeige ein Blick in die Presse der Deutschnationalen, die über den Willen zur Macht, der darin zum Ausdruck gekommen ist, sich über schimpft. Es zeigt sich, welche Bedeutung die rechtssozialistische Partei hat. Aber zurückweisen müsse er die Auslegung dieses Beschlusses in gewissen Kreisen der Deutschen Volkspartei, als ob nun die Deutsche Volkspartei berufen sei, die Regierung zu formen. Die Hege gegen den Kanzler Wirth sei ein deutliches Zeichen für die falsche Auslegung. Er wolle hier betonen, daß Wirth für die Sozialdemokratie und über sie hinaus in den links von ihr stehenden Parteien heute der einzige bürgerliche Politiker sei, der populär ist. (Lebhafte Beifall.) Es werde Wirth nicht verweigert werden, daß er erklärt habe, wenn es zum Bürgerkrieg kommen sollte, werde er auf Seiten der Arbeiterklasse stehen. Der da glaube, daß die Sozialdemokratie jedem Handlanger Dienste leisten würde, der diesen Kanzler beiseitigen wolle, habe die Rechnung ohne die Sozialdemokratie gemacht.

Nach Wels ist der Beschluß zur Regierungsbildung keine neue Wendung, sondern nur die konsequente Weiterbildung der bisherigen Politik, die bedingt ist durch die Haltung der bürgerlichen und der links von ihr stehenden Parteien. Die Unabhängigen hätten vor drei Tagen den Beweis geliefert, daß man anders nicht verfahren kann, wenn man an der Regierung teilnehmen wolle, denn ihre Forderungen, die sie für ihre Beteiligung an der Regierung aufgestellt haben, gingen in keiner Weise über die hinaus, die hier in Görlitz festgelegt wurden. Wels vergist dabei, daß unsere Parteigenossen in Thüringen nicht dem Wahnglauben verfallen sind, daß sich diese Forderungen mit der Partei des Herrn Stinnes durchführen lassen.

Wels feiert die Demonstration des Parteitages gegen Bayern, die mehr als eine Demonstration war. Er gedenkt der Leiden der Arbeiterklasse in den besetzten Gebieten und Oberösterreich und gelobt ihre Treue um Treue. Der Parteitags habe seinen Willen kundgegeben, daß kein Richtungsstreik mehr in der Partei sein solle. Die Einheitsfront in der Partei habe die Stärkung der Organisation bis zu ihrer heutigen Höhe gebracht, und so solle es bleiben. Die nächste Prüfung des Parteitages sei die Schaffung des Programms gewesen, das in seiner Wirkung auf die Arbeiterklasse nicht hinter den alten Programmen zurückbleiben werde. Er schließt mit einem Hoch auf die Sozialdemokratische Partei und auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie, unter hartem Beifall des Parteitages, der dann die Marschallse singt.

nicht vergessen. Im November 1883, zwei Jahre nach Straburgs Fall, waren 100 000 Litres sein außerordentliches Geschenk. Groß waren die Gegenleistungen Friedrich Wilhelms bei solchen Geldbeträgen und Geschenken. Er mußte im Kriegsfall Soldaten für Frankreich stellen, ohne die Kriegsausgabe unterzuchen zu dürfen, also auch gegen den deutschen Kaiser konnten die Truppen verwendet werden. Nebenbei berichtet von einer Unterredung mit Friedrich Wilhelm. Sie betraf den Kriegsfall mit Oesterreich. Da sagte Friedrich Wilhelm: „Wenn der König Oesterreich bezwingen will, erkläre ich dann auch dem Kaiser den Krieg; er hat nur zu befehlen.“ Woran Ribbenack erwidert: „Wollen Sie, daß ich dies dem Könige berichte?“ Friedrich Wilhelm: „Ich bitte darum; sagen Sie ihm noch, daß ich es aus vollem Herzen sage!“

Ludwig war mit hohenzollerisch-brandenburgischer Hilfe an den Rhein gelangt. Er sah sich als den Nachfolger Karls des Großen an. Was lag näher, als auch die äußere Zier der Macht zu erstreben, die er schon ausübte? Der Bourbonne wollte auch den Thron einnehmen, nicht nur daszepter führen. Und Friedrich Wilhelm versprach seine Stimme Ludwig oder seinem Thronfolger oder einem anderen französischen Kandidaten.

Was innigste Freundschaft mit einem König, gegen den ein Kampf am Nahe gewesen wäre. Aber Ludwig XIV. wurde nicht belämpft. Man bekämpfte das Frankreich nach 1789, das „nichts gemein haben wollte mit dem Frankreich unter Ludwig XIV.“ Der Kampf begann. Die Franzosen nahmen ihn freudig auf. Das Manifest des Brannschweigers beantworteten sie mit den feurigsten Klängen der Marfaische. In Straburg wurde sie gedichtet und zuerst gesungen, in einer Stadt, die man für deutschgefühnt hätte halten können. Aber das war gerade das unerwartete Ergebnis des Kampfes der Reaktion gegen die Revolution: „Das Jahr 1789 wurde das Geburtsjahr des modernen Elsaß“, wie Stählin in seiner Geschichte Elsaß-Lothringens sagt. „Die 26 Revolutions- und Kriegsjahre hatten zuweilen gebracht, was ein ganzes vorangegangenes Jahrhundert nicht vermocht hätte. Das Elsaß ging aus ihnen verwandelt hervor. Es hatte sich nicht nur politisch nun völlig an Frankreich assimiliert, sondern, wenn auch noch unter Selbstbehaltung seiner deutschen Sitten, einen Wechsel seiner nationalen Idee vollzogen.“

K. G.

„Der König“ nennt sich eine Komödie, die von drei Franzosen namens de Caillavet, de Hiers und Arène zusammengestellt wurde. Vielmehr: diese drei Herren nennen ihr Stück „Komödie“. In Wahrheit ist es weder eine Komödie, noch ein Lustspiel, sondern ein Drama- und Schlafmittel; aber mehr Drama, als Schlafmittel. Wenn man bedenkt, daß drei Leute ihr Gehirnzellen, um die fünf oder sechs arbeitsamen Wighen und die zwei oder drei ebenfalls arbeitsamen Unanständigkeit zu erfinden,

die den ganzen arbeitsamen Inhalt dieses Zammerstückes darstellen, dann muß man annehmen, daß jeder von ihnen ein Vollidiot ist. (Tatsächlich haben aber Caillavet und de Hiers zusammen manches sehr hübsche Unterhaltungsgut zustandegebracht.)

Den Gebrüdern Kotter blieb es vorbehalten, im Residenztheater dem begeisterten Deutschland diese Kleinstadt aus einem französischen Privatministerium wieder auszuwärmen, nachdem sie bereits im Vesting-Theater vorgeführt worden war. Und die treubühnische Einseitigkeit der Theaterfreunde nahm wahrhaftig den muslim-mehligsten Kartoffeltheater für ein echt französisches Menü und lastliche Beifall. Das war das einzige Komische an diesem Abend. Denn daß ein Ballanfirst nicht richtig französisch sprechen kann, daß man sowohl rechts als auch links von der Bühne das tut, was auf offener Bühne zu tun Herr Professor Brunner verbietet, daß schädliche Trottel Minister werden und daß gar der lächligste von ihnen sich Sozialist nennt — das alles ist doch wohl nicht sehr komisch, aber daß Menschen darüber lachen können, das ist komisch.

Völkerverständigung und Völkerverständigung. Die Tagung sozialistischer Lehrer und Erzieher findet am Vormittag und Nachmittag des 2. Oktober (Montag), in der Gemeindefesthalle in Berlin-Lankwitz statt und schließt am Abend mit einer öffentlichen Volksversammlung in Berlin, Köpenick 13. Die Tagung soll Protest erheben gegen die Wiederbesetzung alter nationalitätlicher gewinnlicher Gestattung in der Jugend und gegen das Beharren im Schlandrian „bewährter“ Erziehungsmethoden. Sie soll die einzelnen Kämpfer sammeln und verbinden. Es soll allen Deutschen, allen Europäern und der ganzen Menschheit zeigen, daß in Deutschland eine starke Kämpferschar die Völkerverständigung und die Erziehung zur Völkerverständigung verlangt. Redner sind u. a. F. W. Foerster, Antonio Kaffi, M. v. H., Prof. Paul Ostreich, Harry Graf Kessler. Karten im Reformhaus Grundwald, Berlin W., Linienstr. 30. Jedermann hat Zutritt.

Tages-Notizen

Erstausführung. Großes Schauspielhaus: 26. Die Klüber. — Trianon. 27. Der Kammerkammer. Tod und Teufel. — Koffe. 28. Die Völkerverständigung. — Volksbühne: 29. Waffe Mensch. — Kleines Schauspielhaus: 30. Kiff. — Neues Th. am Zoo: 30. Die ersten Sporen. — Kammertheater: 1. Der Hühnerhof.

Das letzte Bild. Volks-Konzert des Bläser-Orchesters findet Dienstag abend 8 Uhr in der Brauerei Adolphshof unter Leitung von Camillo Hildebrand statt.

Jüdischer Musikabend. Mittwoch veranstaltet das Jüdische Arbeiter-Emigrations-Komitee, in dem hiesige jüdische Arbeiter-Organisationen vertreten sind, einen jüdischen Musikabend im Wäldchen. Am diesem Abend wird zum ersten Mal der gemischte Chor des Jüdischen Arbeiter-Klubs unter der Leitung von J. Stabbin aufzutreten. Solisten: Frau Vera Goldberg-Konow (Soprano); Opernsänger Leo Strass (Tenor); Henry Gebert (Bariton); Orgel: Adolf Schick; Klavier: H. Rosowitsky. Zum Vortrag gelangen eine ganze Reihe dem Berliner Publikum noch nicht bekannter jüdischer Volkslieder und Kompositionen von Stabbin. Karten bei Tole und Rod. Berthelm, der Orchestergesellschaft „Völkerverständigung“, „Jüdischer Musikabend“ sowie an der Adolphshof. Konzerttag für die Arbeiter-Klubs sowie für die Leo- und Rosa-Clubs.

Es gibt ein Berufsamt!

F. E. Bei der bevorstehenden Schulentlassung bereitet die Berufswahl der Kinder den Eltern oftmals nicht geringe Sorgen. Diese erübrigen sich, wenn alle in Frage kommenden Eltern das Berufsamt der Stadt Berlin in Anspruch nehmen. Viele kennen es schon, und doch machen immer noch viel zu wenige Gebrauch von dieser Einrichtung der Stadt Berlin, wo man ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht in der vielleicht allerwichtigsten Frage, die als Erzieher eines Kindes an sie herantritt. Die Entscheidung, die sie im Moment der Schulentlassung über seine nächste Zukunft treffen, legt den Grundstein für sein ganzes Leben. Verläßt man sich darauf, was auch bei dieser Entscheidung helfen kann, das Richtige zu finden!

Wenn ich die Hunderte obdachloser, in Not und Verbrechen geirretener Jungen, mit denen ich in meiner Tätigkeit als Jugendfürsorger bei der Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium zu tun gehabt habe, an mir vorbeiziehen lasse: Woran liegt es, daß diese zum großen Teil begabten, intelligenten Jungen auf die schlechte Bahn geraten sind? In 80 von 100 Fällen finde ich nur eine Lösung: Ihr erster Schritt ins Leben hinaus, ihr erstes Beginnen nach der Schulentlassung war falsch!

Da war ein Junge, kräftig und geschickt. Er wollte gern Schlosser werden; aber die Eltern glaubten, es in diesen schweren Zeiten nicht durchsetzen zu können. Ein schmüder Junge, wie er war, fand er in einem Hotel eine Stellung als Page. Gute Trinkgelder, von denen die Eltern nichts wußten; noch mehr Versuchungen, denen der Junge nicht gewachsen war: Jetzt treibt er sich in der Passage „Unter den Linden“ umher, und nachts... Die Eltern wollen nichts mehr von ihm wissen.

Ein anderer Junge! Die Eltern seines Freundes hatten eine Laube; mit Feuerzettel half er hier, und fest stand es bei ihm: „Ich will Gärtner werden.“ Aber die Mutter — Vater war tot — wußte so gar nicht Bescheid damit: „Nun, dein Vater war Friseur, du mußt es auch werden. Der Meister, bei dem Vater gearbeitet hat, nimmt dich.“ Es ging alles so glatt, der Junge kam in den Friseurladen. Bald war er der Sache überdrüssig, zeigte wenig Lust und Geschick; der Meister wurde ärgerlich, schimpfte. Das Ergebnis: Der Junge lief fort, nach Hause wagte er sich nicht aus Scham vor der Mutter, trieb sich monatelang herum und kam mit allerhand Gefindel zusammen. Vor kurzem sah er wegen Bettelerei und obdachlosen Umherstreichens im Polizeigefängnis. — Wo liegt hier der Fehler?

Darum noch einmal, Väter und Mütter: Bersämet nichts, was euch helfen könnte, das Richtige bei der Berufswahl zu treffen! Gehet hin zum Berufsamt, laßt euch und euren Jungen oder Mädchen erzählen von den Aussichten, den Kosten und den Schwierigkeiten des gewählten Berufes. Laßt euch die Lehrstelle suchen, den geeigneten Meister finden helfen. Und wenn ihr glaubt, es nicht durchsetzen zu können, daß euer Junge etwas lernt: Ihr findet dort auf dem Berufsamt Menschen, denen ihr in voller Offenheit eure wirtschaftlichen Bedenken anvertrauen könnt, und die euch Mittel und Wege zeigen werden, wie ihr es vielleicht doch ermöglichen könnt, euer Kind einem gelehrten Berufe zuzuführen. — Da ist auch ein Arzt, der euch sagen wird, ob der Junge körperlich dem gewählten Berufe gewachsen ist, ferner ein Psychologe, der die geistigen Fähigkeiten prüft. — Und gar, wenn ihr so einen kleinen Tunichtgut habt, bei dem, wie ihr vielleicht denkt, Hopfen und Malz verloren ist: Nein, gebt ihn nicht verloren! Es gibt da auf dem Berufsamt einen Menschen, der mit Liebe und mit Strenge schon vielen den Kopf zurechtgerichtet hat, und der es auch bei euren Jungen versuchen wird.

Gehet hin! Es kostet euch keinen Pfennig, nur ein paar Stunden Zeit: Ihr müßt sie opfern können für eine Entscheidung, die vielleicht das Lebensglück oder -unglück eures Kindes bedeutet!

Deutschnational-antisemitischer Wohnungswucher

In dem überreich mit Koppisten besetzten Hause Wittenberg-Allee 26/27 hat eine Frau Jeschke mit ihrer Tochter eine Reinstimmwohnung zur Jahresmiete von 10 000 Mark. Wozu aber gibt es eine Wohnungsnot, wenn man sich nicht anständig die Tasche füllen will? Also vermietet die gute Frau drei Leere Zimmer an eine dreiköpfige Familie. Der Mietspreis beträgt pro Jahr 18 000 Mark. Bedienung wird strikt verweigert. Man hat keine Grundstücke in punkto Reinlichkeit. Es wird Sache des Wohnungsamtes sein, nicht nur den kämlosen Wucher aufzuheben, sondern auch in eine Betrachtung der sechs Zimmer für nur zwei Personen einzutreten.

Spandau, Bezirksversammlung. Die Einrichtung einer freien Schule war der Gegenstand einer ausgedehnten Debatte in der letzten Bezirksversammlung. Bekanntlich hat die bestehende „Freie Schulgesellschaft“ durch Streik der Regierung wie auch die städtischen Körperschaften gezwungen, der Einrichtung der freien Schule näherzutreten, was den bürgerlichen Parteien recht unangenehm ist. Ihre Redner suchten mit allerhand „Räshen“ vor dieser neuen Schule graulich zu machen. Besonders taten sich hervor **Herr Tiehe** und **Herr Seher**, beide gehören dem Lehrerberuf an. Von unserer Seite war es der **Geselle Eggert**, der besonders Herrn Seher eine Epistel las über den Wert der alten Volksschule. **Herr Panten** und **Münsinger** von den Rechtssozialisten wiesen ebenfalls alle Überarbeiten der Gegner der neuen Schule zurück. Schließlich wurde beschlossen, zwei Schulen einzurichten und die erforderlichen Mittel bei dem Berliner Magistrat anzufordern. Im weiteren Verlauf der

Sitzung wurden aus Vorbehaltsmitteln verschiedene Postitionen bewilligt, welche bei der Einberufung in Berlin nicht berücksichtigt wurden. Ein Antrag der Kommunisten, Mittel für die Erziehung aller Bedürftigen und Arbeitslosen während der Wintermonate aus Vorbehaltsmitteln zu bewilligen, fand nur in einem Teil Zustimmung. Unsere Genossen hatten einen Antrag gestellt, dem Berliner Magistrat zu veranlassen, möglichst schnell Mittel bereitzustellen für die Ausführung von Kostbararbeiten. Dem Antrage wurde zugestimmt.

Anmeldungen für die weltliche Schule sind von den Genossen des 5. und 6. Distrikts unter genauer Angabe des Namens und der Wohnung der Eltern, des Geschlechts und Alters der anzumeldenden Kinder sofort an den Obmann der Elternbeiräte, Genossen **Theodor Krampe**, Beußelstraße 66, Quergeb. 2 Tr. zu richten.

Die heimatkundliche Sammlung des Neuföhner Schulfarmuseums im Körnerpark, wozu sich u. a. das germanische Reitergrab aufgestellt gefunden hat, wird noch bis zum Oktober d. Js. gegen Entrichtung eines Eintrittsgeldes von 20 Pfennig für Erwachsene und 10 Pfennig für Kinder, in der Zeit von 4—7 Uhr, der allgemeinen Besichtigung zugänglich sein.

Verloren wurde auf dem Wege von Volzener bis Königsberger Straße, in Richtung Frankfurter Allee ein Markenbuch mit Verbandsmarken und Mitgliedskarte auf den Namen **Arthur Pfitzmann**, Lichtenberg, Hubertusstraße 12. Der Finder wird um Rückstellung an diese Adresse gebeten.

Voransichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Etwas kühl, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Eisenbahnschulen

Der Verband deutscher Eisenbahnschulen veranstaltet vom 25. September bis 2. Oktober d. J. in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg eine schultechnische Ausstellung.

Die Verbandsleitung will den Ausstellungsbesuchern eine Uebersicht über das reiche Lehrmaterial, das dem jungen Eisenbahnschulverband zur Veranschaulichung des Unterrichts in seinen Schulen zur Verfügung steht, geben. Der erste Raum, die Aula der Technischen Hochschule, bietet nach einer Uebersicht über den Werdegang der Eisenbahnschule und die Entwicklung des Verbandes das Lehrmaterial für Werkstoffkunde (Materialproben für die Stoffkunde), Chemie, Physik, Elektrotechnik, Werkzeugkunde, für allgemeinen Maschinenbau, Lokomotiv- und Wagenbau, Beleuchtung und Heizung, Bremsen und Stellwerke, Hoch- und Tiefbau, Eisenbahnbau, Vermessungswesen, Verkehrsgeographie, dazu eine Auswahl von technischen Lehrfilmen und Lichtbildserien.

Im anschließenden Räume befindet sich eine Ausstellung der noch in der Entwicklung stehenden Lehrpläne für Fachzeichnen, sowie Anschauungsmaterial für die Flächen- und Körperberechnung. Die Ausstellung schließt mit einer Uebersicht über die fachwissenschaftliche und Gewerkschaftsliteratur.

Für die Arbeitslosen

Die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter hielten unter Leitung der Berliner Gewerkschaftskommission am Mittwoch, den 21. September, in der Zentrale der Arbeitslosenfürsorge ihre diesmonatliche Versammlung ab.

Ein Vertreter der Gewerkschaftskommission erhaltete zunächst Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission in der Frage der Arbeitslosenvertretung seit der letzten Versammlung. Allen Wünschen und Anregungen wurde in weitestgehendem Maße Rechnung getragen. Die Gewerkschaftskommission für Berlin ist unablässig bemüht und betrachtet es als ihre heiligste Pflicht, für die Arbeitslosen Arbeit zu schaffen, um sie in den Produktionsprozess einzugliedern. So finden auch die Vertreter der Arbeitslosen Unterstützung durch sie, sind sie doch berufen, das Verhältnis zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen inniger zu gestalten und das solidarische Klassenbewußtsein bei den Arbeitslosen zu erhalten. Sie erhalten von keiner politischen Partei Direktiven, und allen Arbeitslosen wird, ohne Rücksicht auf irgendwelche Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit, mit Rat und Tat geholfen. Die Gewerkschaftskommission ist weiter bemüht, die Arbeitslosenvertreter in den Verwaltungsgremien zur Anerkennung zu bringen, wo Schwierigkeiten von irgendwelchen Seiten entgegengebracht werden.

Dann wurde ein Referat über die Aufgaben der Arbeitslosenvertreter entgegengenommen. Bei der Aussprache kann als erfreulich festgestellt werden, daß die Arbeitslosen mehr und mehr den freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretern die Vertretung ihrer Interessen übertragen, und von den wechselnden Tagesparolen politischer Drahtzieher abrücken. Bei den Behörden werden mit allem Nachdruck ihre Rechte wahrgenommen, wenden sich doch die Arbeitslosen mit allen Anliegen an diese Arbeitslosenvertreter, weil gegen die Bureaukraten ein berechtigtes Mißtrauen vorliegt. Auch von ihrer Tätigkeit in den fürsorgegenössischen Gremien kann nur das Beste festgestellt werden. Sie sind unablässig bemüht, hier Anregungen zu geben, die aus der Not der Zeit geboren werden. Mit den Gewerkschaftsunterkommissionen und Betriebsräten stehen sie in enger Fühlung, halten mit ihnen Arbeitslosenversammlungen ab, in denen die Arbeitslosen für die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter eintreten. In Schöneberg, wo noch bis vor kurzem unentwegt „Revolutionäre“ das Arbeitslosenproblem durch Sturm gegen die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter zu lösen versuchten, steht man jetzt vollkommen hinter den freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertretern. Weiter wurde über den Reichstongreß der kommunistischen Arbeitslosen gesprochen. Es herrschte klare Auffassung, daß das

Arbeitslosenproblem nicht aus dem Rahmen der Gewerkschaften herauszunehmen ist, und es wurde anerkannt, daß die Gewerkschaften unablässig bemüht sind, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Schon aus der Tagesordnung geht hervor, daß hier wirklich ernste Arbeit zur Lösung der Arbeitslosenfrage nicht geleistet wird. Der Arbeiter **Christ** dürfte auch nicht entfernt sein von der Ansicht der „Krisislinien“ für ein einheitliches Vorgehen von Arbeitslosenräten vom 10. März, worin auf Seite 2 im Absatz 4 zum Ausdruck kommt, daß gegen die von der Gewerkschaftskommission eingelegten Räte mit allen Mitteln der Boykott erklärt wird. Diese „alle Mittel“, wozu selbst Schläge rechnen, sind ja im Laufe der Zeit bekannt geworden.

Nach weiterem Austausch von Erfahrungen und gegenseitigen Anregungen fand die Vollversammlung ihr Ende, nicht, ohne daß festgestellt werden konnte, daß die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter das ihnen entgegengebrachte Vertrauen der Arbeitslosen in jeder Weise gerechtfertigt haben und unablässig weiter für ihre Interessen eintreten.

Verhärterung des Kampfes in der Filmindustrie

Wie unseren Lesern bekannt ist, haben die am 23. September vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu keinem Resultate geführt. Die Vertreter der Arbeitnehmer hatten das weitgehende Zugeständnis gemacht, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in den streikenden Betrieben zu empfehlen unter der Bedingung, daß keinerlei Maßregelungen stattfinden dürften, daß ferner auf die augenblicklich gezahlten Löhne und Gehälter zunächst ein 20-prozentiger Zuschlag gewährt, und daß endlich sofort in Tarifverhandlungen eingetreten werde. Die Unternehmer ihrerseits wollten von Maßregelungen nur in beschränktem Umfang absehen. Außerdem wollten sie sich (wie von Beginn des Streikes an) nur zu einem Zuschlag von 20 Prozent auf die Löhne des alten, im Juli 1920 abgeschlossenen Tarifes verstehen.

Die am Donnerstag abend in der Buchbinder-Neu-Tempelhof, abgehaltenen, von ca. 3000 Streikenden besuchte Vollversammlung hat einstimmig diese Vorschläge zurückgewiesen und die Fortführung des nun schon 14 Tage andauernden Streikes in verhärtetem Maßstabe beschlossen.

Um diese Haltung der im Streit befindlichen Arbeiter und Angestellten der Filmindustrie voll zu verstehen, muß man sich klar darüber werden, daß der Vorschlag der Unternehmer nicht nur kein Entgegenkommen, sondern geradezu eine Verhöhnung der Streikenden darstellt. Da der alte Tarif infolge der ständig wachsenden Teuerung praktisch bereits weit überholt war, so würde die Annahme der Unternehmervorschläge tatsächlich für die meisten Arbeiter und Angestellten einen Lohnabbau bedeuten.

Erfreulicherweise konnte in den eingangs erwähnten Einigungsverhandlungen der Vertreter der Gewerkschaftskommission den Streikenden die Zusicherung geben, daß die organisierte Arbeiterschaft ihrem Kampfe die weitgehendste Unterstützung angedeihen lassen werde. Die Filmangestellten rechnen darauf, daß dieses Wort baldigt zur Tat werde, damit sie ihren großen Kampf zum siegreichen Ende führen können.

Sie rechnen auch auf die Solidarität der Arbeiter und ihrer Frauen, wenn an sie der Ruf ergeht: Meidet die Kinos, daß dann dort vor leeren Banken gespielt und damit die leider immer noch reichlich fließende Einnahmequelle unserer großen Filmkongerne verstopft wird.

Verband der Steinsetzer, Plasterer und Berufsangehörigen Deutschlands, Bezirk Berlin und Provinz Brandenburg. Zu § 5 des Tarifvertrages wird in Abänderung des 1. Kapitels vom 23. Mai 1921 folgendes festgesetzt: Ziffer 1a: der Stundenlohn beträgt vom 17. 9. 1921 an: für Steinsetzer M. 7,85; Steinbauer M. 7,75; Kammer M. 7,55; für Hilfsarbeiter M. 7,—; Hilfsarbeiter bei noch nicht dreimonatiger Beschäftigung im Steinsetz- oder Tiefbaugewerbe M. 6,70. Der Akkordtarif für Steinbauer wird einschließlich der am 2. April 1921 eingetretenen Erhöhung von 3,8 auf 12 Prozent erhöht.

Parteiveranstaltungen

Sonntag, 24. September

15. Abritt. Die Bezirksleiter der 1. Abteilung treffen sich bei 5 Uhr, die Bezirksleiter der 2. Abteilung bei 6 Uhr heute abend 7 Uhr, am Palais abzuholen.

Sonntag, 25. September

17. Abritt. Die Ordner treffen sich am Bahnhof Potsdamer Allee nicht um 2 Uhr, sondern um 9 Uhr vormittags. Gruppe. Alle Genossen fröhlich 1/2 1/2 Uhr bei Köpenick, Kaiserin-Augusta-Allee 51, zur besondern Verteilung. Vorstand. Die Gruppenleiter werden gebeten, je einen Genossen um 1 1/2 Uhr in die Spedition zu entsenden.

Vereinskalender

Sonntag, 25. September

Sozialistische Arbeiterjugend (Kolonialer Vorabend). Wanderung nach Köpenick. Treffpunkt morgens 1/2 1/2 Uhr, Köpenick, Alexanderplatz. Kriegsgesangensabend, Berlin. Vorm. 11 Uhr im Staatlichen Opernhaus offizielle Begrüßungsfeier für die aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten mit künstlerischen Beiträgen und Ansprachen von Vertretern der staatlichen und bürgerlichen Parteien. Schulrats-Angestellte. Betriebsräte und Vertrauensleute, Kurierteilnahme und erweiterte Reichsamtgehilfe. Vorm. 9 Uhr außerordentliche Versammlung im Kolonialer Hof, Kolonialer Str. 11/12. Tagesordnung: 1. Bericht über die Auszahlung der schon vorliegenden Teuerungszulagen. 2. Der Stand der Lohnbewegung und neue Maßnahmen dazu. Pünktliches Erscheinen wird ermartet. Der Vorstand.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: **Leo Liebschütz**, Berlin-Friedrichshagen; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: **H. Kadner**, Berlin; für den Literaturteil und gesellschaftliche Mitteilungen: **Waldwig Kommer**, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 89.

Schweißfuß-Präservativ-Creme „Pfeifferol“ Lindernde, nur den antiseptischen Fußpuder „Pfeifferol“ GOLD-Silber-Platin-Silber-Zentrale **Goldkowskystr. 13.**

Kleine Anzeigen Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Breitestr. 89. Das Heberdrittelwort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Die Langzeitanzeige: Heberdrittelwort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Soeben erschienen! Die Arbeitslosenfürsorge nach dem neuesten Stande Wiedergabe der Reichsverordnung über Arbeitslosenfürsorge und gemeinverwandliche Darstellung der Arbeitslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages **Von Rudolf Weck** Arbeiterssekretär in Königsberg i. Pr. **Preis 8.— Mark** Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeiterssekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich **Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.** Berlin G 2 **Abt. Buchhandlung** Breite Straße 8-9

Verkäufe **Möbel** **Werkzeuge und Maschinen** **Verschiedenes** **Raufgehirne** **Geldverkehr**